

der bund

sozialdemokratischer juden - avoda

Israel: Kommentar – Meretz: Jetzt oder nie, S. 2 / **Israel II:** Glosse – Wiederholt Israel die Fehler der Araber? S. 3 / **IKG-Intern:** Interview – Die Frau hinter den IKG-Medien, S. 4 / **Kultur:** Ausstellung – Besa, eine Sache der Ehre. Albanische „Gerechte unter den Völkern“, S. 6 / **Israel III:** Gesellschaft – Ich war einer von 300.000, S. 8 / **Nachruf:** Hugo Pepper s. A., S. 10

Liebe Leserin, geschätzter Leser!

Nichts ist älter, als die Zeitung von gestern. Halten Sie diesen **bund** in Händen, stehen wir, je nach Formkurve unserer lieben Post, gerade vor Erew Rosch Haschana oder hat das neue Jahr schon begonnen. Und damit vielleicht auch eine neue Ära in Nahost.

Zum Zeitpunkt, zu dem die Palästinenser die Abstimmung über einen eigenen Staat, eigentlich: über die Aufnahme eines Staates Palästina in die UNO-Vollversammlung, beantragen wollten, ging dieser **bund** bereits in Druck. Daher halten wir es auch in dieser **bund**-Ausgabe mit den Artikeln zum Thema wie immer in solchen Fällen: Wir versuchen, Ihnen Hintergrundinformationen zu bieten und Meinungen zu präsentieren, die ihre Gültigkeit bewahren – unabhängig vom Ausgang der Ereignisse.

So lesen Sie in „Meretz: Jetzt oder nie“ auf Seite 2, warum die intellektuelle israelische Linkspartei die einseitige Ausrufung eines Palästinenserstaates befürwortet. Mag dies in unserer Gemeinde auch kein mehrheitsfähiger Standpunkt sein, die Lektüre lohnt sich allemal. Lesen Sie in diesem Zusammenhang auch den kurzen Kommentar auf Seite 3 „Wiederholt Israel die Fehler der Araber?“.

Die sozialen Proteste in Israel setzen sich fort. Die Palette der Forderungen wurde zuletzt immer breiter, ist aber im eigentlichen Sinn „unpolitisch“ geblieben. Schaffen die Proteste in Israel nun neues politisches Bewusstsein, oder bleibt der Fokus der Forderungen auf materielle Aspekte gerichtet? Liron Rosenblatt, im Hauptberuf Schaliach des Haschomer Hazair in Wien, ist als junger, politisch wacher Israeli Augenzeuge der Proteste gewesen. Als einer von 300.000 auf dem Kikar Hamedina von Tel Aviv hielt Rosenblatt seine sehr persönlichen und emotionalen Eindrücke für Sie fest („Ich war einer von 300.000“, Seite 8).

Dieser Tage haben Sie, liebe Leserin, geschätzter Leser, die erste Ausgabe des neuen Monatsmagazins der Kultusgemeinde erhalten oder werden sie erhalten (siehe oben!). Der **bund** hat ja schon in seinen

beiden vorangegangenen Ausgaben über die Neuaufstellung der IKG-Medien berichtet, etwa über die Bündelung des gesamten Medienauftritts der Kultusgemeinde (inklusive Homepage) in der JMV, der Jüdischen Medien Verlags GesmbH. Ein Interview, das Desiree Reichman und Ernst Meir Stern mit der neuen Geschäftsführerin der JMV, Julia Kaldori, geführt haben, können Sie auf Seite 4 nachlesen.

Mit Albanien und vor allem mit seinen Bewohnern ist das so eine Sache. Die wenigsten kennen welche, doch die Vorurteile gedeihen. Nicht nur dieses Schicksal teilen die Menschen aus dem „Land der Skipetaren“ mit uns Juden. Oder wussten Sie, dass die überwiegend muslimischen Bewohner des malerisch schroffen und gebirgigen

kleinen Landes in unverhältnismäßig hoher Zahl Juden vor den Nazis retteten? Knapp 70 Albaner wurden bis heute als „Gerechte unter den Völkern“ geehrt, obwohl mit der Aufarbeitung erst in den 1990ern, nach Ende der kommunistischen Diktatur, begonnen werden konnte. Ab Mitte November präsentiert eine Ausstellung im Theater Nestroyhof-Hamakom Einzelschicksale Geretteter, vor allem aber Portraits ihrer Retter unter dem Titel „Besa – eine Sache der Ehre“. Ernst Meir Stern führt Sie in einem Vorabbericht in dieses berührende Kapitel Zeitgeschichte voller Mut und Mitmenschlichkeit ein. Seite 6.

In der Hoffnung, Ihnen, liebe Leserin, geschätzter Leser, auch mit dieser Ausgabe des **bund** kurzweilige und ansprechende Lektüre zu bieten, mit besten Wünschen für ein gutes neues Jahr und also einem herzlichen Schana Towa

Robert Sperling



Meretz: Jetzt oder nie!

Warum die intellektuelle Linkspartei die Ausrufung eines Palästinenserstaates unterstützt

Als Benjamin Netanjahu im Februar 2009 zum israelischen Ministerpräsidenten gewählt wird, ist der israelischen Linken klar, dass die Zeit echter Verhandlungen mit den Palästinensern vorbei ist. Seit 1993 und dem Beginn des Oslo-Prozesses sind Israel und die Palästinenser – wenn auch mit vielen Unterbrechungen – immer wieder zusammengekommen, um den Konflikt durch eine Zwei Staaten Lösung zu beenden. Nun machen Netanjahu und seine Rechtsregierung rasch klar, dass sie, anders als Ehud Olmert und Tzipi Livni vor ihnen, von den Palästinensern weit größere Zugeständnisse erwarten.

Im Oslo-Prozess hatte Israel die Palästinenser erstmals als politische Einheit anerkannt und war mit Yassir Arafat in Verhandlungen um die Schaffung eines unabhängigen Palästinenserstaates auf Basis der 1949er Waffenstillstandslinien („Green Line“) eingetreten. Der Prozess wurde von der Arbeitspartei initiiert, von Rabin und Peres vorangetrieben und sollte 1999 mit der Erlangung einer vollen palästinensischen Souveränität über die Westbank und den Gazastreifen enden.

Die Unterschriften von Rabin und Arafat auf dem Rasen vor dem Weißen Haus in Washington im September 1993 waren von historischer Bedeutung. Erstmals sprach Israel von einer palästinensischen Nation, und die Fatah erkannte umgekehrt Israel als Staat an – auf Basis der UN-Resolution 242.

Zwischen 1993 und 1999 war das Verhältnis zwischen Israel und den Palästinensern dann von erheblichen Schwankungen geprägt

und verschlechterte sich mit der Ermordung Jizchak Rabins am 04. November 1995 (durch einen Israeli) rapide. In weniger als zwei Wochen nach dem Attentat auf Rabin starben 60 Israelis bei Terroranschlägen und Israel setzte seine Siedlungspolitik im Widerspruch zu Oslo weiter fort.

Als Ehud Barak (Avoda) 1999 Premier wurde, hätte es nochmals eine Chance auf friedliche Verständigung mit den Palästinensern gegeben – aber der Druck der Koalitionspartner auf Barak und die Sturheit Arafats verhinderten die Umsetzung von Bill Clintons Friedensplan.

Die zweite Intifada begann. In nur vier Jahren starben mehr als 1000 Israelis bei Terroranschlägen, aber auch 4000 Palästinenser bei Aktionen der israelischen Armee. Abgesehen von diesen Horrorzahlen waren die politischen Konsequenzen der Intifada für beide Seiten katastrophal. Der Vertrauensverlust war enorm und stärkte die Extremisten auf beiden Seiten. Der Grenzzaun, den Israel später errichtete, beweist zwar bis heute seine Effektivität bei der Eindämmung des Terrors, ist aber auch schmerzhaftes Symbol für das Verhältnis der beiden Völker zueinander.

Adalbert-Stifter-Straße 18
A-1200 Wien

T 43 1 33106 150
F 43 1 33106 333

E bildung@jbbz.at
H www.jbbz.at

DVR: 0985911
ISO-Zertifiziert nach 9001:2008 - Nr. 1814/0

JBBZ
Jüdisches Berufliches Bildungszentrum
ת"ר



1-jähriger Berufsorientierungslehrgang (BOLG)
(Hauptschulabschluss, 9. Schulstufe)

Erfolgreich mit Lehre plus Matura am JBBZ:

- Bürokaufmann/frau
- IT-Technik
- Orthopädiotechnik

Lehrgang zur Kindergartenassistentenz

Mütter-Intensivtraining IT-Technik

Tages- und Abendlehrgänge für Ihre berufliche Praxis
(EDV, Büromanagement, Sprachen)

Höchste Beschäftigungsquote nach einer Ausbildung

Sichern Sie sich Ihren Platz!
01/33106/150

**Der Vorstand und die MitarbeiterInnen des JBBZ
wünschen Ihnen allen Shana tova u'mevorachat!**

In politischen Analysen und historischen Rückblicken wird oft auf die Erwähnung der „Arabischen Friedensinitiative“ der Arabischen Liga vergessen, einer Initiative, die zu erwähnen uns wichtig erscheint: Unter der Federführung Saudi Arabiens schlug die Liga einen Rückzug Israels auf die Grenzen von 1967 vor, also die Aufgabe der Golan Höhen, des Gaza Streifens, der West Bank und, ja, auch Ostjerusalems. Im Gegenzug hätten, so die Initiative, alle Anrainerstaaten Friedensverträge mit Israel unterzeichnet und wäre die diplomatische Anerkennung auch durch Staaten wie Saudi Arabien, Irak oder Algerien erfolgt. Wichtig ist in diesem Zusammenhang zu erwähnen, dass diese „Arabische Friedensinitiative“ von einer „akzeptablen Lösung der Flüchtlingsfrage“ sprach, aber nicht von einem „Rückkehrrecht“ der Palästinenser.

Als Netanjahu 2009 übernahm, versammelte er eine große Mehrheit von 74 Abgeordneten hinter sich. Die meisten Parteien seiner Koalition verweigern sich bis heute einer Zwei Staaten Lösung, manche aus Sicherheitserwägungen, manche aus ideologischen oder religiösen Gründen. Um der Sorge der Weltöffentlichkeit über den Rechtsruck in Israel zu begegnen, erklärte Netanjahu im Juni 2009 seine Bereitschaft, einen demilitarisierten Palästinenserstaat an der Grenze Israels zu akzeptieren und verlieh gleichzeitig seiner Hoffnung auf zwei freie und friedliche Nachbarnationen Ausdruck.

Als der Westen nicht nur Worte hören, sondern auch Taten sehen wollte, deklarierte Netanjahu einen Siedlungs-Stopp, der 10 Monate fast lückenlos eingehalten wurde. Dieser Stopp war eine Grundbedingung der Palästinenser, um an den Verhandlungstisch zurückzukehren. Doch die wenigen Gespräche, die stattfanden, zeitigten keinerlei Fortschritte, und nach Ablauf des zehnmonatigen Moratoriums begann Israel mit dem Siedlungsbau hinter der grünen Linie intensiver als je zuvor – was nicht bloß die Missachtung von UNO-Resolutionen bedeutete, sondern auch die Verletzung nationalen israelischen Rechts.

Bekanntlich verfolgen die Palästinenser nun eine gänzlich andere Strategie. Statt auf direkte Verhandlungen mit Israel setzt man auf die Aufnahme als UNO-Vollmitglied. Der Antrag dazu und die Abstimmung darüber sind für die dritte oder vierte Septemberwoche geplant, ein Zeitpunkt, zudem dieser Artikel gerade in Druck gehen wird. Aus heutiger Sicht kommt diesem Antrag, an dessen Annahme – so er eingebracht werden sollte – auf Grund der Zusammensetzung der UNO-Vollversammlung kein Zweifel besteht, zunächst nur symbolische Bedeutung zu. Man hofft jedoch, Israel auf diese Weise offiziell zum Okkupanten erklären zu können und erwartet daran anschließende drastische Sanktionen.

Israels Regierung hat auf all dies kaum reagiert. Man ist sich des Veto der USA im UNO-Sicherheitsrat gewiss, dem einzigen Gremium, dessen Beschlüssen auch tatsächliche politische Bedeutung zukommt. Die USA haben den Palästinensern überdies mit der Streichung der Wirtschaftshilfe gedroht, falls sie ihr Vorhaben, einen Palästinenserstaat einseitig auszurufen, in die Tat umsetzen. Auch in Europa haben die Palästinenser bislang nicht jene massive Unterstützung erfahren, die sie sich ursprünglich erwartet hatten. Trotzdem sieht es hier und heute danach aus, als ob sie an ihrer Strategie festhielten. In Israel macht man sich keine Illusionen darüber, dass dies nur ein erster Schritt wäre, und erwartet die Forderung nach Sanktionen und Boykotten.

Für den palästinensischen Vorstoß gibt es in Israel politische und gesellschaftliche Unterstützung. Sie kommt nicht nur von Seite der arabischen Parteien in der Knesseth, sondern von vielen jüdischen Intellektuellen, Künstlern und auch aus dem „normalen“ Mittelbau der Gesellschaft. In Demonstrationen, Internet-Initiativen, Blogs und Artikeln appelliert man an die Regierung Netanjahu, nicht noch einmal eine – diesmal vielleicht wirklich letzte – historische Chance auf Frieden zu vertun.

Während die größte Oppositionspartei, Kadima, und auch Avoda jegliche Antwort darüber schuldig bleiben, wie sich Israel angesichts

dieser Entwicklung verhalten solle, und meinungslos abtauchen, unterstützt Meretz die palästinensische Initiative. Nicht aus naiver Friedensbewegtheit, sondern weil wir – gerade als Zionisten – daran glauben, dass wir nur mit einer echten, international legitimierten Zwei Staaten Lösung unter (minimalem) Landtausch ein demokratisches Israel mit einer jüdischen Mehrheit erhalten können!

Auf beiden Seiten, der israelischen und der palästinensischen, gibt es genügend Fundamentalisten und Extremisten, die eine Einstaat-Lösung ohne Kompromisse betreiben. Aber jeder Tag, der vergeht, arbeitet gegen Israel (Türkei, Ägypten!), jede neue Siedlung schmälert die Chance auf Frieden.

Wir von Meretz sind überzeugt davon, dass Israel die aktuelle Entwicklung nicht als Gefahr, sondern als historische Chance begreifen muss: Denn mit der Ausrufung eines Palästinenserstaates muss umgekehrt auch die Anerkennung Israels durch die Palästinenser und die arabische Welt erfolgen. Die Devise lautet: Jetzt oder nie!

Ido Porat, Vorsitzender Young Meretz

Übersetzt und redaktionell bearbeitet: Robert Sperling

Wiederholt Israel die Fehler der Araber?

In einem hiesigen Kleinformat schrieb der Israelische Botschafter Aviv Shir-On kürzlich sinngemäß, dass ein unabhängiger palästinensischer Staat den Nahostkonflikt nicht lösen würde. Krieg und Terror seien schließlich nicht wegen eines palästinensischen Staates ausgebrochen, sondern wegen der Weigerung der Araber, einen jüdischen Staat zu akzeptieren: Hätten die Araber dem UNO-Plan von 1947 zugestimmt, gäbe es schon längst einen palästinensischen Staat, so Shir-On in der Krone. Der Botschafter hat Recht.

Ebenso stimmt, dass die „Anerkennung“ des jüdischen Staates durch seine arabischen Nachbarn militärisch erfolgte – per Überfall, noch in der Nacht der israelischen Unabhängigkeitserklärung.

Muss Israel aber deshalb die politischen Fehler seiner Nachbarn wiederholen?

Ein Beschluss der UNO-Vollversammlung, einen Staat Palästina als Mitglied aufzunehmen, ändert an den realen Verhältnissen zunächst einmal nichts. Natürlich wird Israels Position dadurch nicht einfacher, doch ist seine Lage schon jetzt prekär und der Druck wächst, so oder so, täglich. Die Türkei rasselt mit dem Säbel, Iran reichert Uran an und Ägypten im Umbruch ist unberechenbar. Die politische Isolation lähmt, die sozialen Probleme schmerzen. Der „Oslo-Prozess“ ist mit Rabin gestorben, die Judäa & Samaria-Fraktion hat das Sagen.

Wieso also fürchtet Israel die diplomatische Anerkennung Palästinas wie der Teufel das Weihwasser? Vielleicht, weil man dann hinausmüsste aus dem Bunker, in dem man sich so sehr verschanzt hat? Weil man dann, bei Lichte besehen, doch noch die Chance hätte, eingefahrene Bahnen zu verlassen, Neues zu wagen und, vor allem, die ewige Spirale aus Terror und Vergeltung, Tod und Elend zu durchbrechen?

Israels Verantwortliche, gibt den Druck weiter – an die Palästinenser! Es braucht keinen Propheten, um zu sehen: Ein Staat Palästina wird eher früher als später den jüdischen Staat anerkennen müssen, und sei es unter Zwang (der Staatengemeinschaft). Dann kann wieder verhandelt werden. Allein dies ist den Sprung über den – eigenen – Schatten wert.

RS

Kultusgemeinde: Die Frau hinter den Medien

Julia Kaldori ist Geschäftsführerin der neuen JMV

Jahrelang hatte der Bund Sozialdemokratischer Juden vehement ein Qualitätsmedium für die Kultusgemeinde gefordert, das nicht unbedingt und ausschließlich die Ansichten und Interessen des Präsidiums vertritt, sondern die Meinungsppluralität der Gemeinde widerspiegelt. Spät, aber doch dürfte man sich nun besonnen haben und geht daran, die bisherige medienpolitische Linie zu revidieren. Nach der Ausschreibung des Postens eines Geschäftsführers der neugegründeten JMV (Jüdische Medienverlags GesmbH) wurde – als Resultat eines langwierigen Auswahlverfahrens – eine junge Fachfrau aus unserer Gemeinde installiert. Wir sind stolz darauf, Julia Kaldori zu ihrer Kür gratulieren zu können, hat sie doch ihre ersten Erfahrungen in der Medienbranche in der Redaktion unserer Zeitung gesammelt!

Unter einer größeren Anzahl von Bewerbern, die ihre Konzepte und Vorstellungen einer Jury vorlegten, gelangten – und dies ist bemerkenswert – drei Damen in die End-

auswahl. Jede von ihnen hätte aufgrund ihrer speziellen Befähigungen wohl das Zeug zur Leitung der gemeindeeigenen Medien gehabt. Für Julia Kaldori, zuletzt bei der Wiener Zeitung, dürfte das Gesamtpaket ihrer reichhaltigen Erfahrungen beim „Blattmachen“, im Verlagswesen und bei der Produktion, sowie nicht zuletzt ihre künstlerische Kreativität, den Ausschlag gegeben haben.

Seit Anfang Juli ist die neue Chefredakteurin nun schon unermüdlich im Einsatz, um sowohl den bewährten „Insider“ als auch das neue Print-Monatsmagazin mit ihrem Team zu gestalten. Dass parallel dazu noch die redaktionellen Strukturen entstehen müssen und viele grundlegende organisatorische Dinge zu klären sind, macht die Aufgabe nicht einfacher.

Wir freuen uns, dass Julia Kaldori trotz ihres „heißen“ Spätsommers Zeit fand, mit Desiree Reichman und Ernst Meir Stern das folgende Interview zu führen.

red.

bund: Frau Kaldori, drei Frauen und kein einziger männlicher Bewerber kamen in die Endauswahl um die Stelle des Chefredakteurs. Sind Frauen für diesen Job besser geeignet?

JK: Eigentlich müssten Sie das die Kommission fragen, die die Shortlist erstellt hat. Wenn ich mich aber in der österreichischen oder internationalen Medienlandschaft umschaue, denke ich, dass das eher Zufall war. Ich glaube nicht, dass für diese Position geschlechtsspezifische Eigenschaften – falls es solche überhaupt gibt – notwendig wären.

bund: Ein neues Medium von Grund auf zu gestalten, ist eine gewaltige Herausforderung. Sie stecken schon seit Wochen mitten in der Arbeit. Wie lassen sich Beruf und Familie vereinbaren?

JK: Mit viel Geduld, Unterstützung und wenig Schlaf.

bund: Welche Möglichkeiten hat man als Geschäftsführerin und Chefredakteurin, Inhalte und Aussehen der Medien zu beeinflussen? Welche Grundsätze, Zielvorstellungen oder Visionen leiten Sie?

www.fsg.at

FSG

Fraktion Sozialdemokratischer GewerkschafterInnen

FAIR. SOZIAL. GERECHT.



Sie wollen mehr?

- › mehr Chancengleichheit
- › mehr Aus- und Weiterbildung
- › mehr Mitbestimmung
- › mehr Vielfalt in Unternehmen
- › mehr soziale Sicherheit
- › mehr Gerechtigkeit im Steuersystem
- › mehr Gesundheitsvorsorge
- › mehr Pflege und Betreuung
- › mehr Umweltschutz
- › mehr Wohlstand

**Gemeinsam
schaffen wir mehr!**

FSG

www.fsg.at

JK: Ich habe das Glück, viele Entscheidungen selbst treffen zu können. Mein Ziel ist es, ein jüdisches Magazin im deutschsprachigen Raum zu etablieren, das sich als offene Plattform für das vielfältige europäische Judentum versteht. Ich sehe uns als Botschafter eines jungen, modernen, österreichischen und europäischen Judentums, das ein bestimmender Teil der sogenannten Mehrheitsgesellschaft ist. Wir möchten Barrieren abbauen und Kommunikation ermöglichen. Wir sind Juden und Jüdinnen, WienerInnen, ÖsterreicherInnen, Europäer-

Inhalte schaffen Form. Aber ohne entsprechende Form werden Inhalte nicht gelesen. Also ist es eine untrennbare Symbiose.

bund: Können Sie schon sagen, was die Leser erwartet? Aktuelles oder mehr Hintergrund? Wird es auch „heikle“ Stories geben? Und wie wird mit kontroversiellen Themen umgegangen?

JK: Ein Monatsmagazin kann nur kommentieren und vertiefen. Aktuelles lesen die Menschen online oder in den Tages-

bund: Sehen Sie sich selbst als Teamplayer oder eher als „Alleinunterhalterin“?

JK: Ohne ein ambitioniertes Team kann so ein Projekt nicht funktionieren. Wir stehen zwar erst am Anfang, dennoch bin ich zuversichtlich, dass das Team und ich dieses spannende Projekt zum Erfolg führen werden.

bund: Medien, ob Print oder elektronisch, stehen immer im Brennpunkt der Öffentlichkeit und man kann es selbstverständlich nicht jedem recht machen. Wie gehen Sie mit Kritik um?

JK: Ich versuche, daran zu wachsen.

Das Interview führten Ernst Meir Stern und Desiree Reichman

„Meine dicke Haut ist schon am Wachsen...“

Die neue Chefredakteurin im bund-Gespräch

Innen. Diese Mehrfachidentitäten sind bedeutende Bestandteile der jüdischen Kultur, Spannungsfelder, die wir beleuchten, hinterfragen und diskutieren wollen. Aber vor allem möchten wir unsere Leser unterhalten, informieren und durch eine beeindruckende Optik zum Staunen bringen.

bund: Wird also das Layout im Vordergrund stehen, wie dies bei manchen Magazinen der Fall ist, oder doch eher das Inhaltliche, Journalistische? Und gibt es eine spezielle Zielgruppe?

JK: Zielgruppe sind interessierte Juden und Nichtjuden, die an „anderen“ jüdischen Themen interessiert sind. Menschen, die offen für Neues sind, aber auch an bestimmten kulturellen Traditionen festhalten wollen. Und zur Frage, ob Layout oder Inhalt im Vordergrund stehen werden:

zeitungen. Unser Ziel ist es, Themen, die die jüdische Welt bewegen, auch für nicht jüdische Leser zugänglich zu machen. Nahostkonflikt und Sozialaufstand in Israel sind hier ganz aktuell zu nennen. Genauso wichtig ist es aber, allgemeine politische und gesellschaftliche Themen auf die jüdische Welt „hinunter zu brechen“: Wie sieht, zum Beispiel, die Bildungsdiskussion innerhalb der jüdischen Gemeinschaft aus.

bund: In der Vergangenheit wurde vom Eigentümer IKG schon mal massiv Einfluss auf die Redaktion genommen. Wie werden Sie mit Interventionen umgehen?

JK: Nicht zuletzt deshalb ist ja die JMV gegründet worden: Mehr Unabhängigkeit von der Mutter! Im Übrigen ist meine dicke Elefantenhaut schon am Wachsen.

Julia Kaldori, geboren 1974 in Budapest, kam schon als Kind nach Österreich, besuchte hier das Gymnasium sowie die Höhere Bundeslehranstalt für Mode und Bekleidungstechnik und war Mitglied des Haschomer Hazair. Einem einjährigen Beschäftigungsverhältnis im Kindergarten der Zwi Perez Chajes Schule sowie einer kurzen Tätigkeit im Jüdischen Museum ließ sie einen einjährigen Aufenthalt in Israel folgen. Nach ihrer Rückkehr arbeitete Julia Kaldori jahrelang in Wiens Erster Jüdischer Buchhandlung Chaj, wo sie nicht bloß ihre Kenntnisse des Judentums vertiefte, sondern auch erste Erfahrungen im Verlagswesen sammeln konnte. Sie wechselte schließlich zum renommierten Wiener Mandelbaum Verlag, wo sie diese Erfahrungen – gemeinsam mit ihren organisatorischen Fähigkeiten und ihrem ausgesprochenen Talent für das Gestalten - in die wirtschaftliche Praxis umsetzen konnte. Sie war maßgeblich an der Produktion etlicher höchst erfolgreicher Bücher beteiligt und baute ausgezeichnete Kontakte zu Künstlern, Autoren und zur Druckereibranche auf.

Mit ihrem Eintritt in die Buchhandlung war auch die Arbeit am **bund** verbunden, für den sie nicht bloß schrieb, sondern an dessen Erstellung, Layout sowie Produktion sie maßgeblichen Anteil hatte. Zuletzt war Julia Kaldori, die mehrere Sprachen, darunter Hebräisch, beherrscht und in der jüdischen Gemeinde hervorragend vernetzt ist, für die renommierte Wiener Zeitung tätig. Wir vom **bund** lassen Julia Kaldori mit einem lachenden und einem weinenden Auge ziehen und wünschen ihr für ihren neuen, spannenden Aufgabenbereich das Beste!

EMS



Für weitere Spenden zu Gunsten der Entwicklung des Maimonides-Zentrums danken wir im voraus

Das Sanatorium Maimonides-Zentrum

Elternheim, Pflegewohnheim, Krankenanstalt und Tagesstätte der Israelitischen Kultusgemeinde und dessen Mitarbeiter wünschen allen Gemeindemitgliedern
Shana Towa
und nehmen die Gelegenheit wahr, den Förderern des Maimonides-Zentrums ihren besonderen Dank auszudrücken.

Bankverbindung: Kto.Nr. 02010733807, BLZ 14000, BAWAG

Besa: Eine Sache der Ehre

die Anweisungen der deutschen Besatzer zu befolgen und ihnen die unter ihnen lebenden Juden auszuliefern. Zweihundert Juden gab es ursprünglich in Albanien, als Folge der nationalsozialistischen Aggression strandeten zwischen 600 und 1.800 Juden aus Deutschland, Österreich, Serbien und

Besim und Aishe Kadiu, Moslems aus dem Dorf Kavaje in Albanien, versteckten zwei griechische Juden vor den italienischen Faschisten und später vor den Nazis, die das kleine bergige Land an der Südküste der Balkanhalbinsel okkupiert hatten. Sandra und Jakob Batino schliefen im selben Zimmer wie die Kadius. Ein Loch in der Wand des Schlafzimmers diente als Fluchtmöglichkeit bei Razzien. Als diese immer häufiger wurden, versteckte Besim Kadiu die jüdischen Flüchtlinge in einem abgelegenen Dorf und verpflegte sie bis zur Befreiung. Besim und Aishe Kadiu wurden 1992 von Yad Vashem als „Gerechte unter den Völkern“ anerkannt und geehrt. Merushe Kadiu, deren Tochter, berichtete, ihr Vater hätte gemeint, die Deutschen müssten schon seine Familie umbringen, ehe er zuließe, dass ihre jüdischen Gäste getötet würden.

Besim und Aishe Kadiu waren beileibe nicht die einzigen, welche dem muslimischen Credo BESA – ein Versprechen einhalten – folgten. Nahezu die gesamte Bevölkerung Albanien, die meisten von ihnen Moslems, weigerte sich in einem außergewöhnlichen Akt,



© Norman H. Gershtman – Yad Vashem

„Gerechte unter den Völkern“:
Die Muslimin Besim Kadiu, versteckte griechische Juden vor den Nazis und riskierte dabei ihr eigenes Leben

Albanische Moslems als „Gerechte unter den Völkern“

Griechenland in dem Balkanland, ständig bedroht von Razzien, Erschießungen und Deportation in Vernichtungslager.

Viele Flüchtlinge wurden von staatlichen Einrichtungen mit gefälschten Papieren ausgestattet und von Familien aus allen sozialen Schichten aufgenommen. Die Verfolgten überlebten inmitten der Bevölkerung, in einsamen Bergdörfern, Ställen und sogar in unterirdischen Bunkersystemen.

Warum hat mein Vater sein Leben und das des ganzen Dorfes riskiert, um einen Fremden zu retten? Mein Vater war ein frommer Muslim. Er glaubte, dass man ins Paradies kommt, wenn man ein Leben rettet erinnerte sich Enver Pashkaj, Sohn des Greißlers Ali Sheqer Pashkaj aus der Ortschaft Puke. Als ein deutscher Transport mit neunzehn albanischen Gefangenen auf dem Weg zur Sklavenarbeit und einem zur Erschießung bestimmten Juden in den Ort kam, lud Pashkaj die Besatzer in seinen Laden ein, bewirtete sie und schenkte ihnen so lange Alkohol ein, bis sie betrunken waren. Dann verhalf er dem jungen Gefangenen zur Flucht in den Wald. Als die Deutschen dahinter kamen, stellten sie Ali Sheqer Pashkaj an die Wand, hielten ihm eine Pistole an den Kopf und drohten, das ganze Dorf niederzubrennen, wenn er nicht gestehen und den Juden ausliefern würde. Doch der Albaner blieb standhaft, bis die Besatzer unverrichteter Dinge abzogen. Er versteckte den Juden bis Kriegsende in seinem Haus. Yeoshua Baruchowic lebt heute als Zahnarzt in Mexiko. Auch sein Retter wurde als Gerechter unter den Völkern anerkannt.

Wer ein einziges Leben rettet, rettet eine ganze Welt

Vorrangiges Ziel des Gesetzes, auf dessen Grundlage Yad Vashem gegründet wurde, war die Schaffung eines

Gedenkortes für die Opfer der Shoa. In einer zusätzlichen Klausel des Gesetzes wird Yad Vashem aufgefordert, die *Gerechten unter den Völkern zu ehren, die ihr Leben riskierten, um Juden zu retten*. Dieses einzigartige Konzept hat mittlerweile universelle Anerkennung und symbolischen Wert erlangt.

Die Beurteilung und akribische Bearbeitung der Fälle erfolgt durch eine Kommission unter Vorsitz eines Richters des Obersten Gerichtshofs Israels. Sie wertet alle verfügbaren Dokumente aus und hört Aussagen Überlebender und anderer Augenzeugen an. Eine Person, die als „Gerechter unter den Völkern“ anerkannt wird, erhält eine individuell angefertigte Medaille mit ihrem Namen und ein Ehrenzertifikat. Ihr Name wird in eine Steinwand im Garten der Gerechten in Yad Vashem in Jerusalem eingraviert. Die Ehrung erhalten die Retter selbst oder ihre nächsten Angehörigen in einer Zeremonie in Israel oder einem anderen Land.

Bis zum Jahr 2010 wurden 23.226 Einzelpersonen als „Gerechte“ anerkannt.

Unzählige weitere Beispiele wie dieses belegen die humanistische Haltung albanischer Bürger, die auf ihrem praktizierten Glauben beruht. *Unser Haus ist in erster Linie Gottes Haus, in zweiter Linie das Haus unserer Gäste, und erst an dritter Stelle das Haus unserer Familie. Der Koran lehrt uns, dass alle Menschen – Juden, Christen und Muslime – unter einem Gott stehen* formulierte es Drita Veseli, Ehefrau des verstorbenen Fotografen Refik Veseli, die sieben Juden im Bergdorf Kruje versteckten. Dass jemand seine Schützlinge hätte verraten können, war für Veseli unvorstellbar, da *ein Albaner, der dies getan hätte, sein Dorf und seine Familie entehrt hätte. Das Mindeste wäre es gewesen, dass sein Haus zerstört und seine Familie verbannt worden wäre.*

europäischen Zivilisation. Deshalb bleibt der Erinnerungs- und Erziehungswert dieses Zeugnisses weiterhin lebendig und universell.

Wien ist die erste europäische Station der Ausstellung, die ihre Premiere am internationalen Holocausttag 2008 im Hauptquartier der Vereinten Nationen in New York hatte.

Weitere Informationen können Sie unter www.millisegal.at einholen, Anmeldungen zu den Führungen telefonisch unter 9687266 oder per Email milli.segal@chello.at.

Die Ausstellung ist bei freiem Eintritt von Montag bis Freitag zwischen 11 und 18 Uhr zu besichtigen, bzw. bei den Theateraufführungen am Abend und Wochenende.

Ernst Meir Stern

Europäische Ausstellungspremiere in Wien.

Das bislang weitgehend unbekannt gebliebene Kapitel europäischer Zeitgeschichte, das erst in der nachstalinistischen Ära aufgearbeitet werden konnte, zeigt vom 17. November bis zum 19. Januar 2010 die Ausstellung „Besa: Eine Sache der Ehre“ im Theater Nestroyhof-Hamakom in Wien 1020, Nestroyplatz 1, in Form von 12 Porträts und den dazugehörigen Fallgeschichten. Die Bilder stammen vom prominenten US-Fotografen Norman H. Gershman, der vier Jahre lang jene muslimischen Familien porträtierte, denen die beeindruckende Ausstellung gewidmet ist. Bis zum Januar 2010 wurden 69 Albaner von Yad Vashem als „Gerechte unter den Völkern“ geehrt.

Das Vorwort zum Katalog der Ausstellung verfasste Albaniens Botschafter in Wien, Spiro Koci: *...Die albanische Nation ist bekannt für den hohen Stellenwert der zwischenreligiösen Toleranz, Harmonie und Achtung, die über die Generationen weitergegeben werden. In dieser Tradition sind Antisemitismus und rassistischer Hass völlig unbekannte Phänomene... Genau diese Dimension der albanischen Weltanschauung erklärt, wie die Juden von allen – muslimischen, orthodoxen und katholischen Albanern aufgenommen und gerettet wurden. Dieses Album und diese rührenden Geschichten kommen als lebende Zeugnisse menschlicher Courage und Barmherzigkeit in den dunkelsten und schwierigsten Zeiten der*



Yad Vashem, Gedenkstätte für die Opfer der Shoa. Im „Garten der Gerechten“ ehrt eine Steintafel die „Die Gerechten unter den Völkern“. Das Auswahlverfahren obliegt einer Kommission unter Vorsitz eines Richters des OGH in Israel

Die Wiener Sozialdemokraten
wünschen allen Leserinnen und
Lesern ein **GUTES NEUES JAHR!**



SPÖ
www.wien.spoe.at

Ihren Höhepunkt erreichte die Bewegung am 3. September 2011, als 450.000 Frauen und Männer im ganzen Land mit ihren Forderungen für soziale Gerechtigkeit auf die Straße gingen. Die größte Demonstration war jene auf dem Kikar Hamedina in Tel Aviv mit 300.000 Teilnehmern. Anliegen der Demonstranten war es anfangs, die Öffentlichkeit aus ihrer Gleichgültigkeit zu holen und Druck auf

die Initiative von jungen Angehörigen des Mittelstandes ausging. Deren Forderungen sind nicht bloß wirtschaftlicher, sondern auch politischer Natur. Im Unterschied zur arabischen Welt, wo es um Veränderung der politischen Systeme geht, wird in Israel die Regierung aufgefordert, die Prioritäten bei den Haushaltsausgaben zu überdenken.

Aber schon vor dem „Protest der Zelte“ gab es in Israel Aktionen gegen gestiegene

gestiegen war. Der Protest war so erfolgreich, dass die Molkereien ihre Preise senken mussten. Es war dies das erste Mal, dass ein Protest, initiiert über ein soziales Netzwerk, so starkes Echo in der israelischen Bevölkerung hervorgerufen hatte.

Danach breitete sich der „Protest der Zelte“ innerhalb kürzester Zeit über das ganze Land aus. Zeltsiedlungen gab es unter anderem in Jerusalem, in Kiriat Schmona

Ich war einer von 300.000

Protest der Zelte – Über soziale Netzwerke zur Volksbewegung

Nicht zuletzt durch eigene Passivität, ja Ratlosigkeit gerät Israels Regierung angesichts der politischen Veränderungen in Ägypten und Syrien, des immer offensiveren Auftretens der Palästinenser und des Säbelrasseln der Türkei zunehmend in die Breddouille. In diesem Sommer sah man sich darüber hinaus mit Massenprotesten in allen größeren Städten des Landes konfrontiert. Hunderttausende vor allem jüngere Menschen, jene „Generation Facebook“, der nachgesagt wird, politisch desinteressiert zu sein, demonstrierten vehement aber friedlich gegen das wachsende soziale Ungleichgewicht und die immer schwierigeren Lebensbedingungen in Israel. Liron Rosenblatt, Schaliach des Haschomer Hazair in Wien, war einer der Demonstranten. red.

die Politiker zu erzeugen, die unhaltbaren Zustände auf dem Wohnungsmarkt zu verbessern. Die Demonstranten betonten von Anfang an, dass sie es nicht als ihre Aufgabe sähen, konkrete Lösungen aufzuzeigen. Es sei Sache der Regierung, die Missstände zu beseitigen und die gesetzlichen Voraussetzungen dafür zu schaffen, das Mietrecht in Anlehnung an europäische Regelungen zu verbessern. Auch Vermieter hätten soziale Verantwortung wahrzunehmen und ihr Motiv dürfe nicht ausschließlich Gewinnmaximierung sein.

Die ersten Zeltsiedlungen entstanden am 14. Juli auf dem Rothschild-Boulevard in Tel Aviv. Die Organisatorin, Dafni Lief, hatte über Facebook zur Solidarisierung aufgerufen. Innerhalb dreier Wochen wurde der gesamte Boulevard zu einem einzigen Zeltlager!

Es gibt Kommentatoren, die einen Zusammenhang zwischen der Protestbewegung in der arabischen Welt und dem „Protest der Zelte“ herstellen. Die erste Gemeinsamkeit sei die Nutzung von sozialen Netzwerken im Internet, um den sozialen Protest zu artikulieren und zu verbreiten. Eine weitere Gemeinsamkeit bestünde darin, dass da wie dort die Bewegungen Reaktionen auf die extreme Steigerung der Lebenshaltungskosten seien, wobei

Lebenshaltungskosten. Die damals erfolgreichste begann im Juni. Dabei handelte es sich um einen Boykottaufruf gegen den sehr beliebten „Cottage“ (Hüttenkäse), dessen Preis in drei Jahren um mehr als 50%

und in Eilat. In Tel Aviv errichteten die Demonstranten auch in der Gegend um den alten zentralen Busbahnhof Zelte für Flüchtlinge und Gastarbeiter. Auf dem Rothschild-Boulevard errichteten israelische Araber und linke Aktivisten das Zelt „1948“. Ihre Forderungen richteten sich gegen die ungleiche und ungerechte Behandlung der israelischen Araber in verschiedenen Bereichen des täglichen Lebens.

Nicht alle Bürger und noch weniger Politiker sympathisierten mit der neuen Bewegung. Einer ihrer Hauptkritikpunkte lautete, die Demonstranten seien Privilegierte, die in Tel Aviv wohnen wollten, obwohl dort die Mieten um 30, 40 Prozent höher seien als im Rest des Landes. Doch wie um zu beweisen, dass es sich um ein nationales Problem handle, kam es daraufhin zu über 30 Demonstrationen in zehn verschiedenen Städten mit über 150.000



Demonstranten. Der stärkste Beweis, dass es sich bei den Protestierenden nicht um eine Gruppe privilegierter, verwöhnter Bürger handle, waren die Demonstrationen vom 6. August. Über 330.000 Menschen demonstrierten im ganzen Land. Diese beeindruckenden Zahlen widerlegten auch die letzten Zweifler: Dies war keine Eintagsfliege, sondern der Beginn einer Volksbewegung für soziale Veränderung.

Die Teilnehmer kamen aus allen gesellschaftlichen Schichten und Altersgruppen. Auch die Pensionisten forderten nun soziale Gerechtigkeit für sich. In den Zeltstädten entstanden Kulturzentren und Diskussionszirkel. Mehrere Demonstranten besetzten ein leerstehendes öffentliches Gebäude, um darauf aufmerksam zu machen, dass die Verantwortlichen das Haus verfallen ließen, statt es mit günstigen Mietwohnungen auszustatten.

Zu Beginn der Proteste hatte Premierminister Netanjahu eingeräumt, er sehe die Probleme und die Regierung sei bemüht, diese seit Jahren bestehende Misere zu beheben: *Israel ist ein kleines Land. Der Bedarf an günstigem Wohnraum ist größer als das Angebot. Unterstützt mich bei der Umsetzung der nötigen Reformen!* Netanjahu betonte jedoch, dass es bis zu 3 Jahren dauern könne, bis die ersten Veränderungen greifen würden. Er setzte eine Kommission ein, die Lösungsvorschläge zur Eindämmung der hohen Lebenshaltungskosten erarbeiten sollte. Auf einer Pressekonferenz am 24. August forderten die Demonstranten jedoch den Vorsitzenden der Kommission auf zurückzutreten. Diese Kommission agiere als Feigenblatt und sei nichts als der Versuch der Regierung, die Proteste aufzulösen: *Wenn die Budgets nicht verändert werden, sind alle Maßnahmen nur kosmetischer Natur und nicht von Dauer.*

Seinen Höhepunkt erreichte der Protest mit den Kundgebungen vom 3. September 2011 mit über 450.000 Teilnehmern. Ich muss gestehen, dass dies für mich, der ich derzeit als Madrich und Schaliach des Haschomer Hazair in Österreich lebe, ein sehr bewegender Augenblick war. An diesem Abend war der Kikar Hamedina in Tel Aviv gefüllt mit Menschen aus allen Bevölkerungsschichten. Hier, wo sonst – vergleichbar mit dem Kohlmarkt in Wien – nur die „Schönen und Reichen“ flanieren und sich mit den Symbolen des Überflusses

Ivan und Sonia ROTH
wünschen allen Verwandten,
Freunden und Bekannten
Schana Towa u' meworachat

von Gucci bis Louis Vuitton zieren, ging es an diesem Abend um Forderungen nach sozialer Gerechtigkeit, Verbesserungen im Gesundheits- und Erziehungssystem sowie um generell gerechtere Lebensbedingungen für alle. Dies sind einfache, grundlegende und keinesfalls übertriebene Forderungen an die Politik. Sie haben die Bevölkerung Israels aus ihrer Lethargie und Gleichgültigkeit gerissen.

Nun hoffe ich von ganzem Herzen, dass die Protestbewegung nicht auf halbem Wege stehen bleibt und die Menschen im Land davon überzeugt, sich wieder stärker gesellschaftlich und politisch zu engagieren. Nur aktive Teilnahme kann einen Kurwechsel und politische Änderungen bewirken. Überall auf der Welt registrieren die Menschen, dass etwas in den politischen Systemen falsch läuft. Doch sie resignieren und überlassen die politische Bühne

www.erstebank.at www.sparkasse.at

Find us on Facebook

„Unser Credo: In jeder Beziehung zählen die Menschen.“
Petra Kern, Erste Bank und Sparkasse

ERSTE BANK **SPARKASSE**
In jeder Beziehung zählen die Menschen.

In Österreich betreuen wir mehr als 3 Millionen Kunden, die meisten davon schon seit vielen Jahren. Unsere Kundenbetreuer beleuchten jede Geldfrage aus unterschiedlichen Blickwinkeln – offen, transparent und mit Verantwortung. Nur so können wir für jeden einzelnen Kunden die richtige finanzielle Balance finden. Ein hartes Stück Arbeit, aber das ist unser Job.

KV Elisabeth WESSELY
wünscht allen
Freunden und Bekannten
Schana Towa

den Falschen. Umso mehr bewegt es mich zu sehen, wie in Israel eine Gruppe, eine neue Bewegung, ja eine Volksbewegung entsteht, die den mündigen Bürger in den Mittelpunkt ihrer Bemühungen um soziale Gerechtigkeit und Frieden stellt.

Das Funkeln in den Augen der Menschen zu sehen und ihren Glauben daran zu spüren, dass wir gemeinsam etwas verändern können, war und ist ergreifend.

Liron Rosenblat

Mit Hugo Pepper, der am 2. September im 91. Lebensjahr verstarb, verlor Österreich – und damit auch die Sozialdemokratie – einen ihrer Besten. Bis zum letzten Atemzug war Pepper unermüdlicher Mahner und Aktivist im Kampf gegen Faschismus und Rechtsradikalismus.

Schon als junger Mensch hatte Hugo Pepper aus seiner fundamentalen Abneigung gegen das NS-Regime kein Hehl gemacht. 1940 zur deutschen Wehrmacht eingezogen, schloss er sich bald dem militärischen Widerstand an. Aus alliierter Gefangenschaft nach Wien zurückgekehrt, engagierte sich Hugo Pepper in der Gewerkschaftsbewegung ebenso wie in der Erwachsenenbildung. In zahlreichen bril-

In memoriam

Hugo Pepper, 1920–2011

lantem Publikationen analysierte er den „Ständestaat“ und das Wesen des Nationalsozialismus, beschäftigte sich mit den Anfängen der Zweiten Republik und natürlich mit der Geschichte der Sozialdemokratie.

Aufgrund seines antinazistischen Engagements war Hugo Pepper dem Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes eng verbunden, dessen Vorstand er von 1989 bis zuletzt angehörte. Ein großer Teil seines Wirkens erfolgte auch im Rahmen des Bundes Sozialdemokratischer FreiheitskämpferInnen und Opfer des Faschismus, dem er zwischen 1992 und 1995 vorstand.

Hugo Pepper gehörte zeitlebens zu jenen „Unbequemen“, die ihrer Gesinnung stets unbeugsam treu blieben und die, wenn nötig, auch wortgewaltig herbe Kritik an den eigenen Genossen übten. Wir verneigen uns vor einem wahrhaft großen Österreicher.

red.

www.bawagpsk.com

SCHANA TOVA ZUM ROSCH HASCHANA

allen Kunden und Freunden
unseres Hauses



Linde & Heini
EHLERS
*wünschen allen
Freunden
Schana Towa*

Rosi KOHN
wünscht
allen Freunden,
Verwandten
und Bekannten
Schana Towa

Dr. Waltrauden
LICEN
*wünscht allen
Freunden
und Verwandten
Schana Towa*

*Leah, Ursula &
Karl VYBIRAL*
wünschen
allen Freunden,
Verwandten
und Bekannten
ein glückliches
Neujahr

IMPRESSUM: Medieninhaber u. Herausgeber: **Bund** Sozialdemokratischer Juden – Avoda, Praterstern 1, A-1020, Wien | Redaktion: Peter Munk, Ernst Meir Stern, Desiree Reichman | Chefredakteur: Robert Sperling | Satz u. Layout: Martina Hackenberg | Druck: Prime Rate Kft. | Offenlegung gem. § 25 Mediengesetz: der **bund** ist ein Organ des »**Bund** Sozialdemokratischer Juden – Avoda«. Vorsitzender: Robert Sperling, Generalsekretär: Peter Munk